

## 2017 - März – verschiedene Migration-Ereignisse...

---

### **„Deutsche Jugendhilfe fordert Kita-Plätze für alle Flüchtlingskinder“**

**– 120.000 Kinder unter sechs Jahren –**

[Veröffentlicht am 20.03.2017 von EpochTimes](#)

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe fordert Kita-Plätze für alle Flüchtlingskinder in Deutschland.

- „Die Kitas sind Türöffner in die Gesellschaft“, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Karin Böllert, der *dpa*.

Heute stellt die Arbeitsgemeinschaft einen Bericht zur Lebenslage der jungen Menschen in Deutschland vor.



Kita-Foto: Thomas Lohnes/Getty Images

Insgesamt gebe es 120 000 Flüchtlingskinder unter sechs Jahren in Deutschland, sagte Böllert unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Wie viele davon in die Kita gehen, könne nicht beziffert werden, sagte Böllert. (*dpa*)

---

### **...und wo bleiben KITA-Plätze für deutsche Kinder?“**

**Denn:**

- ▶ **Schon jetzt fehlen bundesweit weit über hunderttausend Kita-Plätze für die Kinder deutscher Eltern**

### **Glauben und Kultur adé: Katholische Schützenvereine nun offen für Muslime und Homosexuelle**

[Veröffentlicht am 13.03.2017 von EpochTimes](#)

Die katholischen Schützenvereine sind nun für Muslime und Homosexuelle offen. Muslime und Homosexuelle sollen künftig aktiv in katholischen Schützenvereinen mitmachen dürfen.

Das hat die Vertreterversammlung des Bunds der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften in Leverkusen beschlossen. Auslöser für den Richtungswechsel ist der Fall eines muslimischen Schützen-königs im westfälischen Werl.

Nach den derzeitigen Statuten hätte der gar nicht erst Schützenbruder werden dürfen, wie der Dachverband meinte. Der Verband hatte vor gut zwei Jahren vergeblich versucht, den Schützenkönig *Mithat Gedik* zum Rücktritt zu bewegen. (dpa)

+++

## Linksradikaler „Flüchtlingsrat“ hilft Ausreisepflichtigen beim Abtauchen

von Detlef Kossakowski

[Veröffentlicht am 27.02.2017 von EpochTimes](#)

Seit Dezember ist es die dritte bundesweite Sammelabschiebung von Afghanen. Doch statt der erwarteten 50 Passagiere, waren am Ende 18 an Bord. Die anderen waren abgetaucht, doch nicht ohne Hilfe.

Schließlich waren 18 ausreisepflichtige Afghanen an Bord der Maschine von München nach Kabul. Unter Einsatz von 68 Polizisten, zwei Ärzten und einem Dolmetscher wurden sie zurück nach Afghanistan gebracht. Der finanzielle Aufwand soll nach Medienberichten 100.000 Euro betragen haben. Der [„Bayernkurier“](#) berichtete.

Besonders hoch scheint die Summe jedoch, wenn man bedenkt, dass eigentlich 32 weitere Afghanen hätten an Bord sein sollen, darunter fünf Straftäter, wie die „Bild-Zeitung“ aus Sicherheitskreisen erfuhr.



Sammelabschiebung abgelehnter Asylbewerber am Baden-Airport in Rheinmünster.

Symbolfoto) Foto: Patrick Seeger/Archiv/dpa

Was war passiert?

❖ Die meisten der 50 Ausreisepflichtigen waren vor dem Erscheinen der Polizei untergetaucht. Von fünf der Gesuchten ist bekannt, dass sie von Kirchengemeinden versteckt wurden, sich also in „Kirchenasyl“ befanden. Dies sei für Abgetauchte relativ sicher, da sich die Polizei in der Regel davor scheue in Kirchen gewaltsam vorzugehen, so der *„Bayernkurier“*.

→ Rechtlich existiere „Kirchenasyl“ übrigens gar nicht. Geltendes Recht werde dadurch unterlaufen, so das Medium.

### „Flüchtlingsräte“ helfen beim Abtauchen

→ In Bayern sollen den Afghanen beim Untertauchen sogenannte *„Flüchtlingsräte“* geholfen haben, wie der Bayernkurier berichtet. Der Begriff suggeriere pseudo-offizielles Handeln sowie Kompetenz. Tatsächlich würden sich dahinter

linksradikale Aktivisten verbergen. Von Medien würden diese dennoch oft als übergeordnete Instanz und als Experten präsentiert.

Doch sei der „*Flüchtlingsrat*“ in der Tat für Protestaktionen und für zahlreiche Besetzungen durch Asylbewerber verantwortlich. Die letzten größeren Aktionen war im Dom und einem Pfarrhaus in Regensburg und davor auf dem Münchner Rindermarkt.

### **CSU-Innenminister: Untertauchen helfe nicht**

Das Untertauchen helfe den Betroffenen jedoch überhaupt nicht, wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) gegenüber der „Bild-Zeitung“ betont. Sollte ein abgelehnter Asylbewerber, der verpflichtet ist auszureisen, glauben sich der Abschiebung entziehen zu können, so irre er. Da diese sofort zur Festnahme ausgeschrieben würden. Einmal festgenommen droht ihnen Abschiebehäft „und im nächsten Flieger sind sie mit dabei“, so Herrmann.

Bereits zuvor hatte die „[Bild-Zeitung](#)“ über eine Abschiebung mit Kosten in Höhe von 350.000 Euro berichtet. Damals wurden 25 Afghanen abgeschoben. Der Personalaufwand war etwas höher. 79 Polizeibeamte mehrere Ärzte, drei Mitglieder der Anti-Folter-Kommission und ein Beamter der EU-Grenzwache „Frontex“. Auf jeden Abgeschobenen kamen damals drei Begleiter und somit anteilig 14.000 Euro verursachte Kosten.

+++

## **Peine: Muslimischer Kriegsruf „Allahu Akbar“ in den Straßen – Flüchtlinge demolieren Autos – Massenschlägerei mit Anwohnern**

[Veröffentlicht am 30.03.2017 von Epoch Times \(Steffen Munter\)](#)

Zu einer Massenschlägerei zwischen Anwohnern und "*Alahu-Akbar*" rufenden Flüchtlingen kam es im niedersächsischen Peine. Die Polizei musste Verstärkung anfordern.

Angefangen hatte alles mit einer Schlägerei um 21.30 Uhr von etwa zehn Flüchtlingen mit hauptsächlich syrischem und palästinensischem Migrationshintergrund, wie die „[Hannoversche Allgemeine Zeitung](#)“ berichtet.

Bei Ankunft der Polizei waren die meisten Beteiligten bereits geflohen. Eine Person wurde mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht. Doch der Abend war noch nicht zu Ende:

❖ Gegen 23 Uhr wurden wieder zehn Personen aktiv, unter ihnen Beteiligte der ersten Schlägerei. In der Peiner Südstadt demolierten sie mehrere Autos und bewarfen Anwohner mit Steinen. Mehrere der Anwohner gingen dann auf die Randalierer los, es entwickelte sich eine Massenschlägerei mit 40 bis 50 Beteiligten, der muslimische Kriegsruf „*Allahu Akbar*“ war weit zu hören.

→ Bei den betroffenen Anwohnern handelte es sich laut Polizei um Menschen mit vorwiegend türkischem, kurdischem und libanesischem Migrationshintergrund.

Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde auch ein Streifenwagen mit Steinen beworfen. Aufforderungen der Polizei wurden von den Beteiligten mit Aggressivität beantwortet. Erst ein größeres Polizeiaufgebot mit Verstärkung aus anderen Dienststellen konnte die Gruppen trennen.

Eine Person wurde wegen Widerstandshandlungen festgenommen, so die „HAZ“. Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung wurden eingeleitet.



Zum Anschauen des Videos auf das Bild klicken (youtube)

+++

## **Pensionierter Leiter eines Flüchtlingslagers bringt „Aufdeckerbuch“ heraus – „Die Öffentlichkeit wird belogen“**

[Veröffentlicht am 30.03.2017 von EpochTimes](#)

Für *Franz Schabhüttel*, langjährigem Leiter einer österreichischen Flüchtlingsunterkunft, war es an der Zeit, einmal ein paar

→ „*Wahrheiten auszusprechen, die in den vergangenen Jahren niemand hören wollte.*“ Die Öffentlichkeit werde über die tatsächliche Lage de facto belogen und bekäme immer nur ein verzerrtes Bild präsentiert.

Der ehemalige Leiter des Flüchtlings-lagers *Traiskirchen* in Österreich, *Franz Schabhüttel*, hat am Freitag sein Aufdeckerbuch „*Brennpunkt Traiskirchen: Protokoll aus dem Inneren des Asylsystems*“ präsentiert.

Wie [„Krone“](#) berichtet, prangere der frisch Pensionierte hier Politiker und Hilfsorganisationen an, die das Asyl-wesen für ihre eigenen Zwecke miss-brauchen würden. Reaktionen ließen nicht lang auf sich warten:

→ „*Jetzt schütten sie den Mistkübel über mich*“, beklagt er.

Im Gespräch mit *Krone* gab *Schabhüttel* zu verstehen, dass es weder den Linken noch



den Rechten, weder den Politikern noch den Hilfsorganisationen tatsächlich um die Asylbewerber gehe. Der Staat mache sich zum verlängerten Arm der Schlepper, die Hilfsorganisationen würden an den Flüchtlingen verdienen. Manche Organisationen würden sehr medienwirksam arbeiten und auf die Emotions-schiene der Menschen setzen, meint der Autor. Manchmal gebe es so viel Spenden, dass Brauchbares weggeworfen werden müsse – „bis zu 50 Tonnen pro Woche“. Das würden die Kameras dann nicht mehr zeigen.

Kritisch betrachtet *Schabhüttl* auch die Errichtung des „Konradzeltes“ – ein Wartezelt für obdachlose Flüchtlinge, dass Flüchtlingskoordinator *Christian Konrad* errichten ließ. Eine siebenstellige Summe hätte es verschlungen, auf Kosten des Steuerzahlers – nötig soll es nicht gewesen sein.

Das Buch gibts hier, ist jetzt schon ein Bestseller auf Amazon: [Brennpunkt Traiskirchen: Protokoll aus dem Inneren des Asylsystems](#) Erschienen am 25.03.2017.



Kostenpunkt: 21,90 €

(mcd)

+++

## **Politikerin warnt: Bundesregierung unterstützt „skrupellose Warlords“ in Libyen und schafft neue Fluchtursachen**

[Veröffentlicht am 16.03.2017 von EpochTimes](#)

Die Linken-Politikerin Sevim Dagdelen wirft der Bundesregierung vor mit Ausrüstungshilfen, Waffenexporten und neoliberalen Programmen "skrupellose Warlords" in Libyen zu unterstützen und neue Fluchtursachen zu schaffen.

Die Linken-Politikerin *Sevim Dagdelen* wirft der Bundesregierung vor, neue Fluchtursachen in Nordafrika zu schaffen:

- „Es ist ungeheuerlich, dass die Bundesregierung die ohnehin schon dramatische Situation von Flüchtlingen in Libyen weiter zuspitzt“, sagte *Dagdelen* der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (16.03.2017).



Libyen-Foto: MAHMUD TURKIA/Getty Images

„Mit Ausrüstungshilfen, Waffenexporten und neoliberalen Programmen, die allein skrupellosen Warlords zugutekommen“, würden neue Fluchtursachen geschaffen, kritisierte die Bundestagsabgeordnete.

Wer wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) die libysche Küstenwache gegen Flüchtlinge aufrüstete, müsse wissen, dass er damit die Menschenrechte mit Füßen trete.

- *„Es ist unverantwortlich und eine eklatante Verletzung von Menschenrechten, dass die Bundesregierung einerseits von KZ-ähnlichen Zuständen in den libyschen Flüchtlingslagern spricht, aber andererseits alles tut, um die Flüchtlinge genau dorthin zu schicken.“* Die Abgeordnete forderte zugleich eine grundlegende Wende in der Libyenpolitik hin zu einer Förderung des Aufbaus sozialer und öffentlicher Strukturen, *„weg von einer Förderung der Warlords“*.

Nach Angaben der Bundesregierung halten sich aktuell bereits zwischen 700.000 und einer Million Migranten in Libyen auf. Diese Zahlen enthalten auch Ausländer, *„die in Libyen einer Arbeitstätigkeit nachgehen und keine Weiterwanderung anstreben“*, heißt es in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion. Demnach gibt es mindestens 21 offizielle *„detention center“* (Gefangenenlager) in dem nordafrikanischen Land.

Die Bundesregierung bestätigte in ihrer Antwort zugleich, von unmenschlichen Lebensbedingungen in den Haftzentren Kenntnis zu haben. In der Antwort auf die Anfrage ist unter anderem davon die Rede, *„dass die Haftzentren, in denen Flüchtlinge in Libyen teilweise lange Zeiträume willkürlich festgehalten werden, gewöhnlich stark verschmutzt, schlecht belüftet, ohne sanitäre Einrichtungen, zuweilen mit blutverschmierten Wänden und regelmäßig überbelegt sind, so dass die Gefangenen manchmal nur im Stehen schlafen können“*. (dts)

+++